



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 19. April 1888.

Nr. 184.

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

45. Plenarsitzung vom 18. April.

Vize-Präsident v. Heereman eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

### Tagesordnung:

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erleichterung der Volksschullasten.

§ 1 der Kommission bestimmt, daß zur Erleichterung der zur Erhaltung der Volksschulen Verpflichteten ein jährlicher Beitrag zu dem Dienstlohn der Lehrer und Lehrerinnen an diesen Schulen zu leisten ist und zwar für die Stelle eines alleinstehenden sowie eines ersten ordentlichen Lehrers 400 Mark, eines anderen ordentlichen Lehrers 300 Mark und einer ordentlichen Lehrerin 200 Mark, eines Hilfslehrers und einer Hilfslehrerin 100 Mark gezahlt werden.

Abg. v. Meyer-Arnswalde berechnet, daß wir schon so viel Ausgaben hätten für Eisenbahnen, Kanäle, zur Linderung des Nothstandes u., im Ganzen 190 Millionen, daß jetzt ein doppelter Grund für Beobachtung der Sparjamkeit vorliege. Trotzdem habe die Kommission die Ausgaben für dieses Gesetz noch um 4 Millionen erhöht, gegen den Widerspruch der Regierung, das sei durchaus unkonstitutionell. Für das Gesetz liege kein Bedürfnis im Lande vor. Nach seiner Ansicht sollte man die 20 Millionen eher an die Kreise oder Provinzen verteilen und diese könnten das Geld durch die Selbstverwaltungsorgane den einzelnen Schulen zuweisen. Besser wäre aber die Ablehnung des Gesetzes und die Verwendung des Geldes für die Nothstandsbedürfnisse.

Abg. Tramm (natlib.) trat dagegen für das Gesetz ein, welches dringenden Bedürfnissen entspreche. Ungleich werde das Gesetz freilich wirken wie jedes derartige Gesetz. Es sei nicht die Ansicht der Kommission gewesen, über die von der Regierung geforderte Summe hinauszugehen, von der Erklärung der Regierung werde es abhängig sein, ob eine Modifikation der Sätze in § 1 werde stattfinden können.

Abg. Seyffarth (Magdeburg) bekannte sich als Freund der Vorlage, meinte aber, es könnten die Beschlüsse der Kommission nicht zur Annahme gelangen. Darum empfehle sich der zu § 5 gestellte Kompromißantrag.

Abg. Dr. Langerhans bemängelte, daß der Kompromißantrag Ausnahmen gestatten wolle. Wenn der Antrag von „gehobenen“ Volksschulen spreche, so sei das ein zu unklarer Begriff, der das Wirken der Regierung für die Unentgeltlichkeit des Schulgeldes zu hemmen geeignet sei. Wer es irgend könne, werde es dann vermeiden, seine Kinder in die gewöhnlichen Schulen ohne Schulgeld zu schicken. Den § 1 empfehle er in der Form der Kommission anzunehmen.

Minister v. Scholz hat, die Sätze im § 1 wieder auf das von der Regierung vorgeschlagene Maß herabzusetzen. Was die Verfassungsänderung betreffe, so sei bei Feststellung der Verfassung gewiß Niemandem eingefallen, ein Verbot für den Staat auszusprechen, den Gemeinden Zuschüsse zu den Schullasten zu gewähren. Eine Verfassungsänderung in der Vorlage zu erblicken, sei eine juristische Spitzfindigkeit.

Abg. Frhr. v. Minnigerode erklärte, er werde in zweiter Lesung einweisen für die Beschlüsse der Kommission stimmen, vorbehaltlich einer Aenderung in dritter Lesung. Was die Verfassungsänderung betreffe, so theile er die Ansicht des Ministers nicht.

Abg. Frhr. v. Zedlig theilte dagegen die letztere; bezüglich der Sätze würde er am liebsten für die der Kommission stimmen. Wenn aber die Regierung nicht mehr als 20 Millionen zur Verfügung stelle, so lasse sich vielleicht ein Ausweg finden.

Abg. Dr. Windthorst gab zu, daß die Schullasten die Gemeinden schwer drücken und man auf Erleichterung derselben bedacht sein müsse; der vorgeschlagene Weg aber sei nicht der richtige. Die Gemeinden müßten die Mittel bekommen und ihnen überlassen bleiben, was sie damit thun wollen. Das scheine aber nicht erreichbar und da wäre es doch einfacher gewesen, die Lehrerbefolgungen zu erhöhen und die Mittel

für die Schulbauten zu vermehren, das hätte die Gemeinden entlastet und wäre eine Fortsetzung des geschichtlich Normalen gewesen. Indem die Regierung den jetzigen Weg einschlage, wolle sie eben ihr Ideal verwirklichen, die reine Staatsschule, losgelöst von der Gemeinde und von der Familie. Eine Verfassungsänderung liege unzweifelhaft vor und sei durch die gewandteste Dialektik nicht aus der Welt zu schaffen. Er werde für die Beschlüsse der Kommission stimmen.

Kultusminister Dr. v. Gossler erklärte, nicht der Gemeinde im Sinne Windthorst's, sondern der politischen Gemeinde gehöre nach der Verfassung die Schule. Daß diese dem Staate überhaupt nicht gehören solle, könne nicht konstatiert werden. Die Ausführungen des Vorredners hätten bewiesen, daß er sehr gern Nein gegenüber dem Gesetze sage, daß er das Votum aber so umkleiden möchte, daß die eigentlichen Beweggründe dieses ablehnenden Standpunktes im Volke nicht ganz klar verstanden werden können. Sollte man nachweisen können, daß die aderbau-treibende Bevölkerung etwas besser durch das Gesetz fortkomme, so könne er (der Minister) darin etwas Schädliches nicht erkennen.

Abg. Richter trat dafür ein, daß eine Verfassungsänderung vorliege; und es sollten auch diejenigen, welche anderer Ansicht seien, hier lieber etwas zu weit gehen, als nicht weit genug. Mit dem Kultusminister stimme er darin überein, daß die Schulen Staatsanstalten sind. Eine Verteilung von Staatsmitteln für Schulzwecke direkt an die Gemeinden, wie sie von Herrn Windthorst gewünscht würde, sei unmöglich, so lange wir keine Landgemeinordnung haben. Das Gesetz sei die endliche Ausführung des alten Versprechens, das Schulgeld aufzuheben.

Nachdem Abg. Windthorst nochmals seinen Standpunkt vertreten, wurde § 1 fast einstimmig nach den Beschlüssen der Kommission angenommen, ebenso die §§ 2 und 3.

§ 4 hat nach der Regierungsvorlage folgenden Wortlaut: „Für die Dauer der Erledigung einer Schulstelle ist der auf dieselbe berechnete Staatsbeitrag vom Ablauf desjenigen Monats ab, in welchem die Stelle erledigt worden, nur in soweit zu leisten, als durch die einstweilige Verwaltung der Stelle, oder durch die Gewährung der Gnadenkompetenz an die Hinterbliebenen des früheren Inhabers der Stelle besondere Kosten entstehen.“

Dieser Paragraph wird in Konsequenz der Kommissions-Beschlüsse trotz des Widerspruches seitens des Vertreters der königlichen Staatsregierung gestrichen.

§ 5 lautet nach der Vorlage: „Die Erhebung eines Schulgeldes bei Volksschulen findet fortan nicht statt. Nicht ausgeschlossen wird durch diese Vorschrift die Erhebung eines Schulgeldes für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirkes der von ihnen besuchten Schule nicht einheimisch sind.“

Die Kommission beantragt für den Paragraphen folgende Fassung:

„Die Erhebung eines Schulgeldes bei Volksschulen findet fortan nicht statt.“

Nicht ausgeschlossen wird durch diese Vorschrift die Erhebung eines Schulgeldes:

1) für solche Kinder, welche innerhalb des Bezirkes der von ihnen besuchten Schule nicht einheimisch sind;

2) bei einzelnen Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirkes, für welche die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachgesucht wird, in einer schulgeldfreien Schule des Bezirkes Aufnahme finden. Der Staatsbeitrag (§ 1) wird für Lehrerstellen an solchen Schulen nicht gezahlt; im Uebrigen aber gelten dieselben als Volksschulen im gesetzlichen Sinne.

Außerdem kann bei Volksschulen, bei denen der durch Aufhebung des Schulgeldes entstehende Ausfall durch den Staatsbeitrag (§ 1) oder weitere dafür zu gewährende Staatsbeihilfen nicht gedeckt wird, die einstweilige Forterhebung von Schulgeld mit Genehmigung bei Landsschulen des Kreisausschusses, bei Stadtschulen des Bezirks-Ausschusses stattfinden, wenn anderenfalls eine

erhebliche Vermehrung der Kommunal- oder Schulabgaben eintreten müßte. Der Gesamt-ertrag des hiernach fortzuerhebenden Schulgeldes darf jedoch die an der Deckung fehlende Summe nicht übersteigen und von fünf zu fünf Jahren ist zur Weitererhebung eine erneute Genehmigung erforderlich. In den Provinzen Posen und Schleswig-Holstein ist bis zu dem in dem § 155 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 bezeichneten Zeitpunkt für die Genehmigung bei Landsschulen der Landrath, bei Stadtschulen der Regierungs-Präsident zuständig.“

Die Abgg. Hübner (nat-lib.), von Holz (deutschkons.) und Freiherr v. Zedlig und Neukirch (freikons.) beantragen statt des Kommissions-Beschlusses folgenden Zusatz:

„Unberührt bleibt ferner die Erhebung von Schulgeld an einzelnen gehobenen Volksschulen, wenn alle schulpflichtigen Kinder des Schulbezirkes, für die Aufnahme in eine solche Schule nicht nachgesucht wird, in einer schulgeldfreien Schule des Bezirkes Aufnahme finden. Als gehobene Volksschulen gelten diejenigen Schulen, deren Leistungen über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen hinausgehen bestimmt sind, ohne das Ziel der Mittelschule zu erreichen. Der Staatsbeitrag (§ 1) wird für Lehrerstellen an solchen Schulen, in denen Schulgeld erhoben wird, nicht gezahlt. Im Uebrigen gelten dieselben als Volksschulen im gesetzlichen Sinne.“

Außerdem wollen dieselben Antragsteller die Worte in dem Kommissions-Beschlusse: „die einstweilige Forterhebung von Schulgeld“ durch die Worte: „die Erhebung von Schulgeld auf die Dauer von längstens 10 Jahren“ ersetzen.

Abg. Rintelen (Zentrum) beantragt:

1) In Absatz 2 den letzten Satz durch folgende Sätze zu ersetzen: Der Gesamtbetrag des bisher erhobenen Schulgeldes ist um den Betrag des für die Lehrerstellen an solchen Schulen zu zahlenden Staatsbeitrages (§ 1) zu kürzen. Ueber die Feststellung des Gesamt-Betrages des hiernach weiter zu erhebenden Schulgeldes ist im Verwaltungswege zu entscheiden.

2) Statt des Absatzes 3 folgende Nr. 3 dem Absatz 2 hinzuzufügen: 3) bei denjenigen Volksschulen, bei welchen durch Aufhebung des Schulgeldes ein durch den Staatsbeitrag (§ 1) nicht gedeckter Ausfall entstehen würde, falls und soweit in Folge dessen eine Vermehrung der Kommunal- oder Schulabgaben notwendig werden würde. Der Gesamtbetrag des fortzuerhebenden Schulgeldes darf die an der Deckung fehlende Summe nicht übersteigen. Ueber das Vorhandensein der Voraussetzungen für die Forterhebung des Schulgeldes an sich und dem Gesamtbetrage nach ist im Verwaltungswege zu entscheiden.

3) Folgenden neuen Absatz hinzuzufügen: Zuständig zu den in Absatz 2, Nr. 2 und 3, vorgesehenen Entscheidungen ist in denjenigen Provinzen, in welchen das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) in Kraft getreten ist, bei Landsschulen der Kreisausschuss, bei Stadtschulen der Bezirks-Ausschuss, in den übrigen Provinzen bei Landsschulen der Landrath, bei Stadtschulen der Regierungs-Präsident. Die Entscheidungen sind von 5 zu 5 Jahren zu erneuern.“

Außerdem beantragen die Mitglieder der freisinnigen Partei die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Hübner (nat-lib.) befürwortet den Kompromißantrag, indem er ausführt, daß die gehobenen Volksschulen, die man hier geglaubt berücksichtigen zu müssen, ohne die Forterhebung des Schulgeldes nicht bestehen könnten und daß es andererseits auch nicht angehe, diesen Schulen den Charakter der Volksschulen abzusprechen.

Während Abg. Dr. Brühl (Hospitalant des Zentrums) den Kompromißantrag bekämpft, befürwortet

Abg. Frhr. v. Zedlig und Neukirch (freikons.) die Aufhebung des Schulgeldes, welche ein Korrelat der allgemeinen Schulpflicht bilde, im Prinzip, empfiehlt jedoch aus Rücksichtnahme auf die praktischen und historischen Entwicklungen des Schulwesens, welchen hier Rechnung getragen

werden solle, den von ihm mitunterzeichneten Kompromißantrag.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) erklärt, daß er sich mit der Bestimmung bezüglich der Forterhebung des Schulgeldes für die gehobenen Volksschulen einverstanden erklären könne. Was die von den Antragstellern vorgeschlagene Uebergangszeit von 10 Jahren anlange, so stehe seine Partei dieser Forderung allerdings gespalten gegenüber und er selber müsse sich gegen dieselbe erklären, denn die zehnjährige Frist werde sehr bald verrinnen und dann werde man ebenso rathlos stehen, wie heute. Schließlich erklärt Hübner bezüglich der Ausführungen der freisinnigen Redner, nach denen es den Anschein gewinnen könnte, als ob die rechte Seite des Hauses nicht von dem nöthigen Wohlwollen für die Volksschule erfüllt sei, daß Redner und seine Partei ihrerseits auch den nöthigen Rücksichten auf die Lage der Gemeinden glaubten in angemessener Weise Rechnung tragen zu müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Langerhans (deutschfrei.) befürwortet die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, während Abg. Struß (freik.) für die Kommissionsbeschlüsse eintritt.

Kultusminister Dr. v. Gossler führt aus, daß man sich zwar während der stattgehabten Verhandlung sehr entgegenkommend ausgesprochen, dem jedoch durch die That nicht entsprochen habe. Man habe behauptet, daß die Regierungsvorlage einen Sprung ins Dunkle voraussetze; in Wirklichkeit jedoch sei es nur die Provinz Sachsen, welche durch die Vorlage weniger erhalte, als in Folge der Aufhebung des Schulgeldes fortfalle. Es sei keinesfalls intendirt, die Volksschule auf ein höheres Niveau zu heben; dieselbe solle das Nothwendige lehren, nicht aber über den entsprechenden Stand hinausragende anspruchsvolle Bildung gewähren; andererseits solle auch die gehobene Volksschule fortbestehen; allein nicht als Volksschule, was sie thatsächlich nicht sei. Aus diesem Grunde bittet der Minister, an der Fassung der Regierung festhalten zu wollen.

Nachdem sich sodann noch Abg. Dürre (natlib.) für den Kompromißantrag ausgesprochen, wird die Weiterberathung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Schluß gegen 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 18. April. (Nat.-Ztg.) Der Zustand des Kaisers hat sich im Laufe des heutigen Tages wenig verändert. Das Fieber dauerte, wenn auch nicht in sehr starkem Grade, fort und griff den hohen Patienten so an, daß er sich nach Entgegennahme eines Vortrages des Fürsten Bismarck wieder zu Bett begeben mußte. Zuvor zeigte er sich um 12<sup>1/2</sup> und 3<sup>1/2</sup> Uhr am Fenster seines Arbeitszimmers und wurde von der das Schloß umlagernden Menschenmenge freudig begrüßt. Der Kaiser sieht angegriffen aus. Se. Majestät trägt den Uniformrock und darunter eine weiße Weste. Letztere ist tief ausgeschnitten, der Uniformrock am Halse nicht zugeknöpft. Um den Hals trägt der Kaiser ein schmales schwarzseidenes Tuch geschlungen, welches die Kanüle verdeckt; über die Mündung der Kanüle ist außerdem ein kleiner Gazestreifen gespannt, um das Eindringen von Staub, fremden Körpern u. in die Kanüle zu verhindern.

Die Eiterung aus dem kranken Kehlkopf dauert fort und ist seit dem Auftreten der bronchitischen Erscheinungen reichlich mit Blut vermischt. Nach Mittheilungen, deren Richtigkeit uns verbürgt wird, ist das örtliche Leiden des Kehlkopfes nicht mehr auf dieses Organ allein beschränkt, sondern hat sich in der Luftröhre weiter nach unten verbreitet. Nicht nur um die für die Einführung der Kanüle bestimmte Oeffnung in der Luftröhre, sondern auch unterhalb dieser Oeffnung zeigen sich Wucherungen, welche die Luftröhre verengt und das Hervordringen der Kanüle veranlaßt haben. Wie weit diese Wucherungen sich in die Lungen hinein fortsetzen, ist schwerlich festzustellen, da ein Einblick von der Mundöffnung der Luftröhre aus jetzt unthunlich ist. Daß aber die Lungen affigirt sind, scheint nach Allem, was bekannt ist, leider nicht mehr in Frage zu stehen. Daß es sich um keine einfache Bronchitis handeln kann, haben



wir bereits angebeutet. Das anhaltende Fieber ist unter den obwaltenden Umständen nur aus dem Vorhandensein einer Affektion der Lunge zu erklären.

Abends 11 Uhr. Aus Charlottenburg erfahren wir über das Befinden des Kaisers noch das Folgende. Der Kaiser zeigte sich im Laufe des Nachmittags 3 Mal am Fenster, das letzte Mal kurz vor 7 Uhr. Um 8 Uhr fand die Konsultation der behandelnden Aerzte statt; darauf speiste der Kaiser und begab sich um 8 1/2 Uhr zur Ruhe. Das Fieber dauerte an, der Grad desselben war schwankend, zeitweise traten die Fiebererscheinungen ziemlich hervor, im Allgemeinen erhielt sich das Fieber auf derselben Höhe wie gestern Abend. Die Athembeschwerden nahmen zuweilen derartig zu, daß der Kaiser im Bette eine halbseitige Stellung einnehmen mußte.

Berlin, 19. April. Der „Köln. Ztg.“ zufolge bestätigt es sich, daß der Krankenwärter, welcher bisher die Nächte beim Kaiser gewacht hat, seines Dienstes entlassen worden ist. Die „K. Ztg.“ erwähnt jedoch ausdrücklich, daß dies auf Veranlassung Sir Morell Macenzie's geschehen sei. Diese plötzliche Entlassung erregte einiges Befremden, weil dieser Krankenwärter als der beste unter den Wärtern der königlichen Universitätsklinik von Geheimrath Dr. v. Bergmann eigens für den Kaiser ausgesucht worden wäre. Der „Post“ entnehmen wir über diese Angelegenheit die nachstehenden Meldungen: „Der Krankenwärter Beerbaum, Schornhorststraße 36 wohnhaft, hatte wochenlang mit aufopfernder Pflichttreue seines Amtes als nächtlicher Pfleger unseres kranken Kaisers gewaltet. Oft hat sein kaiserlicher Pfleger ihm dankend auf die Schultern geklopft und auch sonst ihm Beweise seiner Huld und Zufriedenheit gegeben. Beerbaum bemerkte in der verhängnisvollen Nacht mit wachsender Unruhe die stetig zunehmende Athemnoth des hohen Patienten und hatte sich vergeblich bemüht, den bereits schlafenden Arzt Dr. Hovell zum Aufstehen zu bewegen. Nachdem Hovell endlich erschienen, sah derselbe sich den mit seiner Athemnoth ringenden Kranken an und begab sich bald darauf mit den Worten: „Es ist weiter nichts“, wieder ruhig zu Bett. Doch dem pflichttreuen Krankenwärter erschien der Zustand von Minute zu Minute bedenklicher, so daß er sich entschloß, sofort den im rechten Seitenschliff am Ende im Erdgeschoß wohnenden Dr. Wegner zu wecken. Dieser erschien bald darauf und antwortete dem Krankenwärter Beerbaum auf die Frage, ob er auch richtig gehandelt habe, daß er Dr. Wegner geweckt: Ja, das war gut und nöthig. Erst auf die Intervention Wegner's hin wurde das Erscheinen der englischen Aerzte ermöglicht. Als bald darauf Macenzie den bekannten Artikel über die Vorgänge der Nacht in der „Köln. Ztg.“ las, glaubte er mit Bestimmtheit, Beerbaum sei indistret gewesen und habe einen Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ das Material zu dem Bericht geliefert, und beantragte die sofortige Ablösung des Krankenwärters, die auch erfolgt ist. An Stelle dieses ist auf Vorschlag der Aerzte Macenzie und Krause der Krankenwärter F. Schley aus der Marienstraße, der hauptsächlich im jüdischen Krankenhause thätig ist, engagiert worden.

Die von der Kaiserin beabsichtigte Reise in das Ueberschwemmungsgebiet der Elbe hat bekanntlich wegen der traurigen Zwischenfälle in Charlottenburg vorläufig aufgegeben werden müssen. Wie die „Post“ aus guter Quelle weiß, hatte die Kaiserin vor Festsetzung des Reiseplanes von den Verhältnissen der durch die Elbe überschwemmten Bezirke in den Provinzen Hannover und Brandenburg die eingehendste Kenntniß genommen und hiernach wegen der Reise die erforderlichen Anordnungen selbst getroffen, wie denn überhaupt die Sorge für die Ueberschwemmten in allen deutschen Landestheilen die hohe Frau fortgesetzt beschäftigt. Als Protektorin des Berliner Zentralkomitees ist von ihr dahin gewirkt worden, daß bei der späteren Wiedereinrichtung der Wohnungen der bedürftigen Geschädigten namentlich auf die gesundheitlichen Interessen ausreichende Rücksicht genommen werde. Das Berliner Komitee will in Folge dieser Anregung eine beträchtliche Summe für diese Zwecke zur Verfügung stellen.

Gestern Abend hat im Rathhause eine Sitzung des Berliner Nothstands-Komitees für die Sammlungen zum Besten der Ueberschwemmten stattgefunden. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, von Achenbach, eröffnete die Sitzung mit Worten der wärmsten Anerkennung für den Wohlthätigkeitsinn der Kaiserin Viktoria, welche dem mildthätigen Werke der Unterstützung aller von Ueberschwemmungsnoth Heimgekehrter die nachdrücklichste Hilfe angedeihen lasse. Das Komitee faßte den Beschluß, 461,000 Mark sofort zur Vertheilung gelangen zu lassen, und die Summe von 700,000 Mark bis auf Weiteres als Reservefonds zu bewahren. Ferner wurde beschlossen, ein Rundschreiben an sämtliche Sub-Komitees zu senden, in welchem die maßgebenden Grundsätze für die beste Art der Vertheilung erörtert werden.

Schon vor dem Eintritt der diesjährigen Ueberschwemmungskatastrophe an der Nogat waren an einigen Stellen die Befürchtungen aufgetaucht, als würde die Erweiterung der Brückenbauten bei Dirschau und Marienburg, für welche bereits die Reichsmittel im Betrage von neun Millionen bewilligt sind, die Staatsmittel in Höhe von sechs Millionen vom preussischen Landtage in der sogenannten Sekundär-

bahnvorlage noch bewilligt werden sollen, einen Stauwall beim Eingange der Weichsel und Nogat schaffen und Eisstopfungen hervorrufen. Es ist nur natürlich, daß nach dem Eintritt der Ueberschwemmung diese Befürchtungen in noch weiteren Kreisen und noch intensiver auftreten. Dieselben sind aber, wie auch schon der Regierungsvertreter in der Kommissionsberatung über die Sekundärbahnvorlage ausführte, durchaus unbegründet. Die Entwürfe zu beiden Bauten sind durch die berufenen Behörden an Ort und Stelle in der eingehendsten Weise geprüft worden und haben weder hierbei noch in der Bauabtheilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten zu Bedenken Anlaß gegeben. Es erscheint dies auch um so eher erklärlich, als die neu geplanten Brücken in so geringer Entfernung unterhalb der bestehenden erbaut werden sollen, als dies unter den gegebenen Verhältnissen angängig ist. Die neue Brücke bei Dirschau soll etwa 40 Meter, diejenige bei Marienburg etwa 70 Meter unterhalb der bestehenden aufgeführt werden. Bedenkt man außerdem, daß die Neubauten mit den gleichen Anordnungen bezüglich der Zahl der Decken, Pfeiler und Spannweiten hergestellt werden sollen, so ist die Entstehung einer Eisstopfung zwischen den Brücken nicht zu erwarten. Der Neubau in unmittelbarem Anschluß an die vorhandenen Brücken läßt sich deshalb nicht bewerkstelligen, weil man durch die dabei nöthigen Fundamentarbeiten für die Verlängerung der Brückenpfeiler die Standhaftigkeit der vorhandenen Bauwerke gefährden könnte und ebenso die dadurch notwendig werdende Beseitigung eines Theiles der zum Schutze der Pfeiler gegen Hochwasser und Eis in bedeutendem Umfange hergestellten Steinpackungen mit bedeutenden Kosten und Schwierigkeiten verknüpft sein würde.

Die Belforter Skandal-Angelegenheit scheint ein diplomatisches Nachspiel erfahren zu sollen. Die drei mißhandelten Studenten sind, nach dem „H. E.“, auf Veranlassung des auswärtigen Amtes von dem Bezirksamt in Freiburg einzeln protokollarisch vernommen worden.

Bezüglich der Erscheinungen, welche sich innerhalb der polnischen Agitation in der Provinz Posen bemerkbar machen, wird der „Rhein-Westf. Ztg.“ u. a. geschrieben: Vorigen Herbst erregte es Aufsehen, daß bei der gerichtlichen Subhastation polnischer Mittergüter polnische Besitzer wiederholt die mittergekauften Vertreter der Ansiedlungskommission überboten und so die gefährdete polnische Erde „retteten“. Natürlich herrschte darob in der polnischen Presse großer Jubel und die opferwilligen „Patrioten“ wurden entsprechend gefeiert. Indessen stellt sich jetzt heraus, daß die Käufer diese Güter nicht halten können, die Besitzungen kommen im Mai, Juni u. s. w. abermals zur Versteigerung, und dann dürften sie wohl dauernd in deutschen Besitz übergehen.

Der „Pol. Korr.“ schreibt man aus Paris über Boulanger's Feldzugsplan: „Es heißt, er werde sich in der Kammer à la Cromwell mit einer heftigen Rede einführen, und an die Abgeordneten die Aufforderung richten, zurückzutreten. Da indessen eine solche Kundgebung schwerlich hinreichen dürfte, um die Kammerauflösung herbeizuführen, werde er im Vereine mit seinen Anhängern — etwa 30 an der Zahl — das Volkshaus verlassen. Alle diese Abgeordneten würden sodann ihre Mandate niederlegen, was ihrem Führer gestatten würde, sich in etwa 30 Wahlbezirken vorzustellen und auf diese Art eine beschränkte, aber immerhin beachtenswerthe Volksabstimmung auf den Namen Boulanger zu veranlassen. So von verschiedenen Seiten gewählt, würde er in die Kammer zurückkehren, und bis dahin müßte er, der eigenen Berechnung nach, genügenden Einfluß sich verschafft haben, um die Auflösung beschließen zu lassen. Bei den Neuwahlen würde Boulanger in ganz Frankreich als Kandidat auftreten, und man kann annehmen, daß er hinreichend viel Stimmen auf sich vereinigen würde, um auf Grund dieses Wahlergebnisses eine Durchsicht der Verfassung zu fordern. Seine Anhänger hoffen, daß hierbei die Präsidentschaft auf Lebenszeit durch Volksabstimmung beschlossen werden könnte, wie sie auch als selbstverständlich annehmen, daß der erste so gewählte Präsident General Boulanger sein werde. Auf den Vorwurf, daß er wahrscheinlich den Krieg herbeiführen würde, antwortet General Boulanger nach dem Muster Napoleons III.: „Boulanger ist der Friede. Deutschland dürstet gleich uns nach dem Frieden und wird uns nicht den Krieg erklären, wenn es weiß, daß ein starkes Frankreich sich auf mich stützt.“ Das sind aber Worte, welche gegenüber den tatsächlichen Schwierigkeiten des Augenblickes leicht in die Waagschale fallen. Diese Schwierigkeiten bilden auch die Ursache, daß das Ministerium Floquet geräuschlos weiter arbeitet und sich nicht getraut, mit irgend einer kräftigen Handlung hervorzutreten, aus Furcht, dadurch neue parlamentarische Schwierigkeiten zu schaffen; der Waffenstillstand läuft indessen bald ab. Am 19. d. treten die Kammern wieder zusammen und man darf sich auf Interpellationen gefaßt machen, welche die Lebensfähigkeit des Kabinetts auf eine harte Probe stellen werden; ja, es giebt Leute, welche glauben, daß die Regierung schon dem ersten Ansturm weichen wird.“

#### Ausland.

Amsterdam, 17. April. Wie schon gemeldet, ist das neue Ministerium nun gebildet. Zwar hat die „Staatscourant“, das offizielle Regie-

rungsorgan, noch kein Wort darüber mitgetheilt, allein das konservative „Dagbl. van 's Gravenh.“, das in sehr freundschaftlichen Beziehungen zu einigen Mitgliedern des neuen Ministeriums steht, hat die Liste, welche Herr Macay aufgestellt hat, gestern veröffentlicht. Zwar fehlt jetzt noch die königliche Bewilligung, allein voraussichtlich wird diese innerhalb zwei oder drei Tagen gegeben werden. Das Kabinet Macay ist zusammengesetzt aus vier Antirevolutionären, zwei Katholiken und zwei Konservativen.

Paris, 17. April. In diesem Jahre finden unter Leitung des Generals de Galliffet große Kavallerie-Manöver im Lager von Chalons statt. Dieselben dauern vom 28. August bis zum 12. September. Es nehmen daran Theil: Die 1. Kavallerie-Division unter General de Gressot, die 3. unter General Bonie, die 5. unter General Charreyron. Zur 1. Division gehört die 3. Kürassier-Brigade (3. und 6. Regiment), die 3. Dragoner-Brigade (14. und 16. Regiment), die 2. Jägerbrigade (4. und 18. Regiment); zur 3. Division die 5. Dragoner-Brigade (27. und 28. Regiment), die 2. Husarenbrigade (2. und 4. Regiment), die 6. Kürassier-Brigade (11. und 12. Regiment); zur 5. Division die 2. Dragoner-Brigade (8. und 9. Regiment), die 1. Jägerbrigade (1. und 15. Regiment), die 1. Kürassier-Brigade (5. und 8. Regiment).

#### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. April. Am gestrigen Abend war auf dem Jahrmarkt ein überaus starker Verkehr, der besonders vor den Buden und an den Karoussells vor dem Berliner Thor oft zu dichtem Gedränge veranlaßte, trotzdem sind Diebstähle oder Störungen fast gar nicht zur Anzeige gelangt. Gestern Nachmittag spielte sich eine tragikomische Scene auf dem Markt ab. Ein Arbeiter gerieth mit einem Malerburischen in Streit, Letzterer hatte einen Eimer mit weißer Farbe bei sich und da er schwächer als sein Gegner war, und sich deshalb in eine Schlägerei nicht einlassen konnte, nahm er plötzlich den Pinsel aus der Farbe und bewies nun nach allen Regeln der Kunst sein Anstreichtalent an dem Gesicht des Arbeiters; die eine Hälfte des Gesichts war bald mit einer weißen Farbenkruste überzogen, ebenso zeugten die Kleider des Arbeiters von dem Streich des jugendlichen Farbengenie's. Nach vollbrachter „Arbeit“ ergreift der Burische schleunigst unter Zurücklassung des Eimers die Flucht. Der Arbeiter wollte nun auch seine Rache haben und warf den Eimer hinter dem Flüchtigen her. Doch das Schicksal spielte ihm nun einen neuen Streich, denn der Eimer traf nicht den Schuldigen, sondern einen vorübergehenden Schuhmacher und dieser hatte nun wieder recht erhebliche Spuren dieses Zusammentreffens. Zwischen dem Arbeiter und dem Schuhmacher wurde nun der Streit fortgesetzt, während das Karnickel, das angefangen, der Malerburische, im Gewühl der Menschen verschwunden war.

Neueren Verfügungen zufolge sollen, wie das „Bromb. Tgl.“ erfährt, die Hautboisten der deutschen Infanterie-Regimenter zu Krankenträgern u. s. w. ausgebildet werden.

Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf das morgen, Freitag Abend im großen Saale des Konzerthauses stattfindende zweite Löwen-Konzert unter Leitung des Herrn Dir. Rabitsch und unter gefälliger Mitwirkung des Fr. Hedwig Rosenberger aufmerksam zu machen. Das Programm bietet außer Löwen'schen Kompositionen die Sonate B-moll op. 35 von Chopin, zwei Frauenchöre von Lorenz und drei Frauenchöre von Triest, unsere heimischen Komponisten sind also hervorragend bei der Aufstellung des Programms berücksichtigt.

Der Arbeiter Wilh. Rodenwald, früher in Goplow wohnhaft, ist dringend verdächtig, als Hauptthäter an einer Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge theilhaftig gewesen zu sein und war deshalb dessen Haftnahme beschloffen. Rodenwald, welcher deshalb nach Amerika auswandern wollte, wurde gestern festgenommen, als er mit dem Dampfer aus Lübz in hier eintraf.

Auf dem Gute Wendorf bei Torney brannte gestern Abend ein Stall und eine Scheune nieder.

Seit dem 15. d. M. wird der Sohn der Rahnbauer Riehn'schen Eheleute, Galswiese 16, vermißt, ferner ist seit dem 8. d. M. der Brauer Rubenstein, welcher bis dahin Wilhelmstraße 4 in Schlafstelle lag, nicht mehr gesehen worden.

#### Bermischte Nachrichten.

Ein Anhänger der Gütergemeinschaft ist der Arbeiter Gustav Wittauer, welcher sich gestern wegen Diebstahls und Unterschlagung vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte. — Präsi.: Sie sollen Ihrem Schlafkollegen ein Hemd, einen Hut und ein Paar Strümpfe gestohlen und sich dann heimlich entfernt haben. Ist das richtig? — Angell.: Halten zu Gnaden, Herr Gerichtsrath, hab' ich nir Antwort auf so eine Sache erbärmlich, bin ich ein armer Kerl, was hat nimmer viel in die Tasch', aber bin ich doch kein Lump und kein Ephebus! — Präsi.: Sie sind doch aber mit den Sachen Ihres Kollegen kurz bei Nacht und Nebel ausgerückt. — Angell.: Nir bei Nacht und nir bei Nebel. Hob' ich g'fucht in mei' Taschen und hob' ich nir mehr gefunden von Geld infamigtes und wann ich noch Schuld war an die Wirthschaft zwanzig Mark, hob' ich mich fein g'macht und hob' g'fucht mei-

nen Wandsack weit weg aus der Residenz Berlin. — Präsi.: Und dabei haben Sie Ihrem Freunde kurz die Sachen gestohlen! — Angell.: Nir gestohlen! Hat zwischen uns existirt Gütergemeinschaft. Hat er mir geliehen die Sachen, hob' ich ihm geliehen die Sachen, er ist mei' Kolleg' gewesen, und zwischen dene Kolleg' passiert's immerfort, daß sie sich gegen einand' ausbelfen thun. — Präsi.: Der Zeuge kurz hat Ihnen allerdings ein Hemd geliehen, nicht aber, damit Sie damit austrücken sollen. Außerdem fehlt ihm eine Reisetasche, ein Hut und ein Paar Strümpfe. — Angell.: Was soll ich mit sei' Blunder von Tasch'? Hob' mei' eigen Tasch' g'habt, dahinein hob' ich mei' paar Sache zusammengegriffe und bin weg'gangen. Von dene Strümpf' da weiß ich gar nir. Auch Hut hob' ich allein g'habt; sei' Hut war schon Krempel neber abgerisse, mei' Hut aber war noch blank und fein. Auch Hemd' hob' ich nimmer g'föhle. Hob' ich ihm g'sagt: Bruder, hob' ich g'sagt, hast doch zwei schöne Hemd', ich aber hob' bloß eins und das ist in die Wasch', kannst mir borge das eine von die schöne Hemd! Nu, da hat' er denn g'sagt: Kannst tragen's Hemd, wie das ja auch immerfort passiert bei Kollegen, die hochhalten die Gütergemeinschaft. — Präsi.: Nun, das Hemd hat der Bestohlene ja wohl zurückerhalten? — Angell.: Versteht sich. Hob' ich's ihm wiedergeschied mit die Post und hob' ihn gebeten, zu verwischen die ganze G'schicht und wieder zu sein der gute Kolleg' zu mir. Aber da hat er gewollt spekulistren. Bruder, hat er gesagt, gib mir 10 Mark, nehme ich Stedbrief gegen Dich retour; hab' ich aber nicht konnt und hat er mich lassen festnehmen. — Präsi.: Die Strümpfe sind noch bei Ihnen vorgefunden worden. Aber auch das Hemd hätte Ihnen kurz sicher nicht geliehen, wenn er geahnt hätte, daß Sie damit das Weite suchen wollten. — Angell.: Er hat mir doch Hemd geliehen, hob' ich ihn doch gefragt, er hat doch g'sagt „ja“?! Kann' ich doch nicht nadend umherlaufen — mei' Hemd war in die Wasch', wie soll ich da erleiden die Straf'? — Zur Festsetzung einer solchen mußte der Gerichtshof aber doch kommen, da Herr kurz von dem hohen Liede der Gütergemeinschaft nichts wissen wollte. Bezüglich des Hemdes hielt der Gerichtshof die Absicht einer widerrechtlichen Aneignung auf Seiten des Angeklagten nicht für erwiesen, verurtheilte ihn aber im Uebrigen zu vierzehn Tagen Gefängniß. „Es ist nir G'scheides mit dem Gesetze“ meinte der Angeklagte, nachdem er erklärt, daß er die Strafe antreten wolle.

#### Bankwesen.

Schwedische 4 1/2 prozentige Reichs-Hypotheken-Bank-Pfandbriefe von 1874. Die nächste Ziehung findet Ende April statt. Gegen den Kursverlust von circa 2 Prozent bei der Auslösung übernimmt das Bankhaus Karl Neuhuber, Berlin, Französisch Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 4 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

#### Telegraphische Depeschen.

Berlin, 19. April, 10 Uhr 30 Min. Eine Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“ enthält das folgende, gestern Abend 9 Uhr ausgegebene Bulletin: Bei Sr. Majestät dem Kaiser und König ist heute Abend wieder eine Steigerung des Fiebers und stärkere Beschleunigung der Athmung eingetreten. In Folge dessen ist das Allgemeinbefinden nicht so gut. Macenzie. Wegner. Krause. Hovell. Leyden.

Berlin, 19. April, 12 Uhr. Der Verlauf der Nacht war leidlich, die Athmung beschleunigt, Fieber vorhanden. Augenblicklich Konsultation der Aerzte.

Wien, 18. April. Abgeordnetenhaus. In der Debatte über das Budget konstatierte der Finanzminister, daß sich die Lage der Staatsfinanzen nicht unbedeutend gebessert habe und daß die häufigen Klagen über den wirtschaftlichen Niedergang nicht gerechtfertigt seien. Der Minister wies auf die Steigerung der selbstständigen Gewerbebetriebe, auf die Vermehrung der Postsparkassen-Einlagen und des inländischen Bierkonsums, sowie der Betriebseinnahmen der Eisenbahnen hin und erklärte schließlich, da die Regierung in der Majorität des Hauses auf der Bahn der Mäßigkeit und bei Lösung so großer und wichtiger Staatsaufgaben immer noch Unterstützung gefunden habe und auch ferner zu finden hoffe, so habe sie keinen Grund, von der bisher eingeschlagenen Bahn abzuweichen, vielmehr beabsichtige sie im Vertrauen auf diese Unterstützung mit aller Achtung für die Gegner, aber mit aller Beharrlichkeit, auf derselben fortzufahren. (Beifall.)

Wien, 18. April. Die „Politische Korrespondenz“ bestätigt, daß der Kaiser die Königin von England auf ihrer Durchreise durch Tirol am 23. d. M. persönlich auf dem Bahnhofe in Innsbruck begrüßen wird.

Brüssel, 18. April. Die Repräsentantenkammer genehmigte die Konvention vom 16. November 1887 zur Unterdrückung des Branntweinhandels auf der Nordsee.

Belgrad, 18. April. In der Stupskiina kündigte der Finanzminister eine Vorlage wegen Auflösung des Vertrages mit der Tabakmonopol-Gesellschaft an.







